

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/90

Bonn, den 13. Mai 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seiten:

Zeilen:

1 - 2

Das Ei des Kolumbus

90

Lateinamerika und die freie Welt
Zum Abschluß einer Reise des Bundespräsidenten

Von Günter Markscheffel

3 - 4

Zwei Ämter sind verwaist

53

Verwaltungskontrolle ohne Aufsicht

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

6

Getrübte Freundschaft

45

Ulbricht - Kader

5 - 6

Afrika zwischen Ost und West

31

Moskau, Peking und Paris werben um Bundesgenossen

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Das Ei des Kolumbus

Lateinamerika und die freie Welt

Von Günter Markscheffel

Gerade in diesen Tagen, während der Reise des Bundespräsidenten in mehrere lateinamerikanische Staaten, ist in vielen Zeitungen wieder einmal über das unvorstellbare Elend und die kaum glaubliche Armut berichtet worden, die dort neben einem ebenso unvorstellbaren Reichtum und Luxus herrschen. Man gibt gute Ratschläge zur Beseitigung dieses Zustandes und nennt Milliardenziffern für die Durchführung von Hilfsmaßnahmen. Denn - so sagt man zu Recht - wenn dort nicht bald "etwas" geschehe, dann werde der Kommunismus oder irgendeine andere Revolte der Verelendeten zu einer riesigen Gefahr für die freie Welt, das Abendland, die Demokratie und selbstverständlich auch für das Christentum.

Vergebliche Mahnungen

Als die Sozialistische Internationale vor mehreren Jahren einen gut fundierten Expertenbericht über den gesellschaftspolitischen Zustand mehrerer südamerikanischer Staaten veröffentlichte, kümmerten sich nur wenige Fachleute darum. In der Bundesrepublik hat besonders die Friedrich Ebert-Stiftung wertvolle Beiträge zur Alarmierung der öffentlichen Meinung geleistet. Auch andere Institutionen haben sich bemüht, die Existenz eines Vulkans an der südlichen Flanke der USA der europäischen Öffentlichkeit zum Bewusstsein zu bringen; nicht zuletzt die katholische Kirche, deren Einfluß in allen lateinamerikanischen Staaten dominierend ist.

Kennedys Vorstoß

Der ermordete US-Präsident Kennedy rüttelte seine Landsleute auf und drückte im Senat das große Hilfsprogramm für die lateinamerikanischen Staaten durch, das in den nächsten zehn Jahren jährlich zwei Milliarden Dollar, also insgesamt 20 Milliarden Dollar oder 25 Milliarden DM, in den gefährdeten Subkontinent hineinpumpen soll. Kennedys Idee war es, dieses Geld so einzusetzen, daß sich die bereits reichen Südamerikaner nicht noch mehr bereichern können, sondern daß große soziale und wirtschaftliche Strukturveränderungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Ein Teil der jüngsten "Revolutionen" in den lateinamerikanischen Staaten sind nachweislich dadurch ausgelöst worden, daß viele millionenschwere Lateinamerikaner gerade diese von Kennedy angestrebten Strukturveränderungen nicht wollen.

Die "Fidels" im Kommen?

Wie der Kampf ausgehen wird, ist noch sehr problematisch, denn wenn die reichen Südamerikaner weiter so kurzsichtig sind und sich auch weiterhin gegen soziale und wirtschaftliche Reformen sträuben, wird es eines Tages neben einem Fidel Castro auf Kuba möglicherweise noch einige "Fidels" mehr in Lateinamerika geben. Ob die sich dann als Kommunisten à la Moskau oder à la Peking geben, oder ob sie einen Nationalbolschewismus "eigener Prägung" formen werden, ist ziemlich uninteressant.

Traurige Tatsachen

Viel interessanter ist dagegen die Frage, warum die lateinamerikanischen Führungsschichten nicht auf die warnenden Stimmen aus Rom hören. Das "Ei des Kolumbus" wäre nämlich ein Aufstand des christlichen Gewissens der allmächtigen und angeblich gläubigen millionenschweren Großgrundbesitzer, verbunden mit den Vertretern der großen Bankkonsortien in den Hauptstädten der meisten lateinamerikanischen Staaten.

- * Es ist eine Tatsache, daß sich 80 bis 90 Prozent des Reichtums
- * dieser Länder in den Händen von ca. 15 Prozent seiner Einwohner
- * befinden, während ca. 85 Prozent der Bevölkerung im Elend ver-
- * kommt.

Die 15 Prozent der begüterten Leute verfügen fast überall nicht nur über die wirtschaftliche, sondern direkt oder indirekt auch über die politische Macht. Sie haben nicht nur riesige Plantagen, riesige Viehherden, Zeitungen und Aktienmehrheiten an in- und ausländischen Gesellschaften in ihrem Besitz, sondern auch beträchtliche Barvermögen in den Banken von New York, London, Paris und Genf. Sie kaufen und verkaufen - wenn es ihnen opportun erscheint - Kirchen, Krankenhäuser und sogenannte Volksküchen, in denen die Arbeitslosen in den Großstädten einmal am Tage entweder baten oder sich eine warme Suppe holen können; je nach Bedarf. Das beruhigt das Gewissen, das vielleicht doch nicht ganz ruhig ist, weil man sich zu gleicher Zeit auch eine private Polizei-truppe kauft, mit deren Hilfe im Falle von Revolten die ewigen Kur-gorleider von den stacheldrahtbewehrten Privatpalästen ferngehalten werden müssen.

Trotzdem: Hilfe notwendig

Solange wir, d.h. die freie Welt, zahlen und helfen, kann dieser Zustand vielleicht noch eine ganze Weile aufrechterhalten werden. Aber das "Ei des Kolumbus" ist diese Hilfe **n i c h t** !

Wirkliche Hilfe im Sinne einer sozialen, wirtschaftlichen und damit gesellschaftlichen Emanzipation der meisten lateinamerikanischen Staaten wäre die Erkenntnis der jetzt dort herrschenden Schichten, daß nur die **e i g e n e** Einsicht in die gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten den Prozeß einer längst fälligen sozialen Evolution auslösen und zu einem guten Ergebnis führen kann. Hier könnte die katholische Kirche, zu der sich 80 Prozent der Bevölkerung lateinamerikanischer Staaten bekennen, ein gewaltiges Werk vollbringen. Viele katholische Priester haben das erkannt, auch mancher Bischof. Aber allzu oft noch scheitert die gute Absicht und der gute Wille dieser Pioniere einer sozialen Neuordnung in Lateinamerika an der Sturheit und Dummheit derjenigen, die bis jetzt noch mit ihrem Reichtum das "Gesetz des Kardels" bestimmen, trotzdem sie sich laut und heftig zum gleichen Glauben bekennen, wie die fortschrittlichen Priester und die verelendeten Massen.

Wo die Hoffnung liegt

Kenner der Verhältnisse in den lateinamerikanischen Staaten behaupten, daß die katholische Kirche dort einen Zweifrontenkrieg führen muß, wenn sie sich behaupten will. Eine Front ist der atheistische Kommunismus, die andere der Hochmut und das Unverständnis millionenschwerer Christen, die verzweifelt um die Erhaltung ihrer politischen und gesellschaftlichen Macht kämpfen.

Nur dort, wo das Bündnis der katholischen Kirche mit dem demokratischen Reformsozialismus zustande kam, besteht Hoffnung auf den Sieg der Vernunft.

Zwei Ämter sind verwaist

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Am 18. März 1964 hat die Bundestagsfraktion der SPD folgenden Antrag eingebracht:

- * Die Bundesregierung wird aufgefordert, umgehend die beiden
- * Ämter des Präsidenten des Bundesrechnungshofes und des Bundesbeauftragten für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung, die durch den Tod des bisherigen Amtsinhabers seit
- * dem 26. Juli 1963 unbesetzt sind, getrennt neu zu besetzen.

Der Antrag wurde vom Plenum des Bundestages an den Haushaltsausschuß zur Beratung überwiesen. Die Beratung kann dort bestenfalls in den nächsten vier Wochen stattfinden. Die Bundesregierung hat sich mit dem Problem, soviel man weiß, bereits befaßt, aber sie hat keinen endgültigen Beschluß fassen können. Sie hat auch überlegt, ob sich eine Trennung der beiden Ämter empfiehlt.

Die Aufgabe des Bundesrechnungshofes ist die Durchführung der Verwaltungskontrolle. In ihr ist festzustellen, ob die Verwaltung die geltenden Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsverschriften beobachtet und hinsichtlich der einzuschlagenden Wege Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit entsprechend berücksichtigt hat. Die Feststellungen des Bundesrechnungshofes führen jahraus jahrein zu gewissen Bemerkungen, die von der Verwaltung gescheut werden. Diese Bemerkungen werden dem Rechnungsprüfungsausschuß des Bundestages und von diesem dem Haushaltsausschuß, aus dessen Mitte er sich rekrutiert hat, zugeleitet. Sie geben dann mindestens bei der Jahresrechnung dem Haushaltsausschuß Gelegenheit zu einer Berichterstattung an das Plenum.

Neben der Verwaltungskontrolle gibt es eine Staats- oder Verfassungskontrolle. Die Ausübung dieser Staats- oder Verfassungskontrolle sollte eigentlich eine Angelegenheit des Parlaments sein. Wir haben im Bund eine Vermischung der Begriffe, die Bestimmungen der Reichshaushaltsordnung werden nicht so klar gehandhabt, wie es erwünscht ist. Es sollte ein Anliegen der Volksvertretung sein, die Verfassungskontrolle auszuüben, und darin liegt auch der Grund für die Überlegung, die Ämter des Präsidenten des Bundesrechnungshofes und des Bundesbeauftragten für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung zu trennen, die heute in Personalunion miteinander verbunden sind. Aber da seit dem Tode des früheren Präsidenten Hertel die beiden Ämter nun fast ein Jahr lang unbesetzt geblieben sind, ist das Problem der Neubesetzung dringend. Die Bundesregierung würde gut daran tun, über eine solche Frage mit der Opposition zu verhandeln. Die Ausübung einer Staats- oder Verfassungskontrolle ist nicht nur eine Aufgabe der regierenden Parteien, sondern auch eine Aufgabe der Opposition, sie ist eine Aufgabe des gesamten Parlaments und des ganzen Volkes.

Bei der Bestellung des Bundesbeauftragten für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung sind jedoch die Rechte und Pflichten des Parlaments nicht genügend beachtet worden. Deshalb muß geklärt werden, wie dem Parlament eine wirkliche Kontrollfunktion gesichert werden kann. Bei der jetzt bestehenden geringen parlamentarischen Kontrolle ist das Parlament auf die Feststellungen des Bundesrechnungshofes oder auf

Zufallserkenntnisse angewiesen. Würde der Bundesrechnungshof über einen zu kritisierenden Vorgang nicht berichten, dann würde dem Parlament - zunächst dem Unterausschuß "Rechnungsprüfung" und dann dem Haushaltsausschuß - von dem Vorgang nichts bekannt werden. Es ist zu hoffen, daß der sozialdemokratische Antrag den Anstoß zu einer Regelung gibt, durch die eine tatsächliche Rechnungsprüfung als Instrument der Demokratie sichergestellt wird.

+ + +

Getrübte Freundschaft

Der - Die Errichtung von Handelsmissionen der Bundesrepublik in der Ostblockstaaten ist dem SED-Chef Ulbricht ein Dorn im Auge. Er befürchtet - und dies nicht zu Unrecht - im Vergleich mit den handelspolitischen Möglichkeiten der Bundesrepublik den Kürzeren zu ziehen. Die Ostblockstaaten wünschen die Ausweitung des Handels mit den sonst so verpönten "kapitalistischen" Ländern, können ihnen diese doch mehr geben als die an chronischen Mangelerscheinungen leidende Wirtschaft der Sowjetunion. COMECON, das kommunistische Gegenstück zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) funktioniert nicht so recht, es gibt da viel Sand im Getriebe. Die Zeiten sind vorbei, in denen die Sowjetunion ihre Satelliten so an die Kandare nehmen konnte, daß ihnen kein Raum für eigenständiges Handeln verblieb. Dem Drängen nach größerer Bewegungsfreiheit kann sich der Krenl im Zeichen der Auflockerung nicht verschließen. Klugheit und Eigeninteressen gebieten ihm, den Satelliten ein Mindestmaß an handelspolitischer Freiheit zu gewähren.

Hier liegen große Chancen für die Bundesrepublik. Sie ist einer der größten Handelspartner der Welt, und sie kann liefern, was der Ostblockstaaten an hochbegehrten Industrieprodukten fehlt. Die Errichtung von Handelsmissionen macht sich in jeder Richtung bezahlt. Schröders bahnbrecherische Ostpolitik trug hier die ersten bescheidenen Früchte. Der Weststrom kennt keine ideologischen Barrieren. In allen Hauptstädten der Ostblockstaaten zeigen deutsche Firmenzeichen von der Repräsentanz der Bundesrepublik. Das bereitet Herrn Ulbricht freilich Ärger und Verdruß. So galt seine Ungarnreise dem Versuch, dem kommunistischen Ungarn die Lust an erweiterten Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik zu nehmen. Ulbricht mußte von seiten Kaders eine kalte Abfuhr hinnehmen. Er mußte sich belähren lassen, daß Ungarn ein gutes Verhältnis und gegenseitig vorteilhafte Beziehungen mit den "kapitalistischen" Staaten erstrebt, wobei ausdrücklich neben den USA, Großbritannien und Frankreich auch die Bundesrepublik erwähnt wurde. "Wir verstehen unter Verbindungen mit kapitalistischen Ländern, daß sie uns Waren verkaufen und daß sie von uns Waren kaufen" - ein vernünftiger, von keinerlei ideologischen Hemmungen beschwerter Grundsatz.

Es hat in der Bundesrepublik während der Höhepunkte des Kalten Krieges lebhaft über die politische Zweckmäßigkeit des Handelns mit den Ostblockstaaten gegeben. Der im Juni 1961 vom Bundestag einstimmig verabschiedete Jaksch-Bericht klärte die Situation, er gab das Startsignal für die Aufnahme handelspolitischer - und nicht nur handelspolitischer - Beziehungen zu den Ländern des Ostens und Südcens, sofern deutsche Lebensinteressen davon nicht berührt werden. Offensichtlich fürchten diese Staaten nicht, was ihnen Ulbricht zu suggerieren versucht, daß sie mit wachsendem Handel in den Einflußbereich des "deutschen Kapitalismus" geraten. Sie sehen zum Unterschied zum zürnenden SED-Chef im Handel mit dem Westen mehr Vorteile als Nachteile. Auf diesem Feld hat, das zeigt der Dialog Kadar - Ulbricht, die Bundesrepublik dem Zonenregime einen empfindlichen Rückschlag versetzt.

Afrika zwischen Ost und West

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Ben Bella in Moskau und Sofia, Chruschtschow in Kairo und demnächst in Algier - der direkte Kontakt zwischen Afrika und der Sowjetunion ist ein Ereignis von großer internationaler Bedeutung. Frankreich ist davon besonders berührt, denn es hat in Nord-, West- und Zentralafrika trotz Entkolonialisierung immer noch großen Einfluß und bedeutende Interessen.

Paris, Moskau und Peking in Afrika

Dennoch kann man bis jetzt nicht von einer ausgesprochenen Rivalität zwischen Moskau und Paris in Afrika sprechen. Die französischen und sowjetischen Interessen laufen vielmehr fast parallel. Das gaulistische Frankreich ist vor allen bestrebt, den amerikanischen Einfluß abzuwehren, die Sowjets agitieren hauptsächlich gegen China. Chruschtschows Afrikabesuch ist überhaupt in erster Linie die Antwort auf die vor einigen Monaten erfolgte Rundreise Tschu Er-lais.

Der sowjetisch-chinesische Streit ist dem kommunistischen Einfluß in Afrika nicht zuträglich. Moskau und Peking sind im Begriff, sich durch ihre überspitzte Propaganda in den Augen der afrikanischen Neutralen gegenseitig zu diskreditieren. Peking präsentiert die Russen als "weiße Imperialisten", Moskau beschuldigt die chinesischen Kommunisten des "Rassismus" und sogar "Nazismus". Weder die Sowjets noch die Chinesen konnten bis jetzt den Afrikanern die dringend notwendige Entwicklungshilfe geben. Beginnt diesbezüglich infolge des Konkurrenzkampfes ein neues Kapitel? Die sowjetisch-algerischen Besprechungen und Chruschtschows Besuch in Nordafrika könnten der Auftakt dazu sein.

Chruschtschows Hilfe für Algerien

So gewährt die Sowjetunion eine bedeutende Anleihe (625 Millionen Francs) und wird der jungen Republik bei der Errichtung eines Metallwerkes helfen. Auch ein Erdölinstitut soll mit Hilfe der Sowjets in Algier errichtet werden. Die Algerier sind über dieses Angebot höchst erfreut. Das einzige Füttenwerk, das laut dem französischen Constantine-Plan gebaut werden sollte, ist bis jetzt auf dem Papier geblieben.

Nicht minder wichtig ist das geplante Erdölinstitut, in welchem 2 000 Spezialisten ausgebildet werden sollen. Ben Bella macht seit einiger Zeit kein Hehl daraus, daß er das gesamte technische Personal der Erdölindustrie "algerisieren" will, als erster Schritt zur Verstaatlichung des Sahara-Öls. Außerdem will die Sowjetunion 1965 den Algeriern einen 19.000 BRT-Tanker liefern. Auch in anderen Industriezweigen macht sich die sowjetische Hilfe bemerkbar: Schulung von Textilfachleuten, Entsendung von Medizinern, Ausbildung von Algeriern in den technischen Hochschulen der Sowjetunion.

Nordafrika bleibt neutral

Das Ausmaß dieser sowjetischen Hilfe kann jedoch das Gewicht der französischen Wirtschaft in Algerien bis jetzt keineswegs erschüttern. Auch die neutrale Stellung Algeriens wird dadurch nicht abgelenkt. Moskau schloß bereits ähnliche Verträge auch mit Indien und mit Ägypten, die politisch von sogenannten "sozialistischen" Positionen weiter ent-

fernt sind als Algerien. In Algerien ebenso wie in Ägypten ist die Kommunistische Partei verboten. Wohl erließ Nasser aus Anlaß des Chruschtschowbesuches eine Amnestie für die seit langer Zeit eingekerkerten Ägyptischen Kommunisten, doch bedeutet das keineswegs eine Lockerung der Diktatur, die ausschließlich vor der Regierungspartei Nassers ausgeübt wird. Ebenso wurde auch in Algerien erst kürzlich die letzten Möglichkeiten einer selbständigen kommunistischen Propaganda eingeschränkt: "Alger Republicain", die bis jetzt den Kommunisten nahestehende Zeitung, verzichtete anläßlich des FLN-Parteitages auf jede Eigenständigkeit und unterstellte sich bedingungslos dem Politbüro Ben Bellas. Der arabische "Sozialismus" Nassers und Ben Bellas ist betont religiös und vom atheistischen Marxismus-Leninismus Chruschtschows weit entfernt. Sowohl Kairo als auch Algier halten an der Neutralität fest und lehnen es ab, dem von Moskau beherrschten "sozialistischen Lager" beizutreten.

Wenn es heute dennoch zu einer Annäherung kommt, so vor allem aus wirtschaftlichen und diplomatischen Überlegungen auf beider Seiten. Die afrikanischen Entwicklungsländer brauchen wirtschaftliche Hilfe und holen sie dort, wo sie sie bekommen. Moskau sucht in Afrika zur Zeit keine strenggläubigen und disziplinierten Anhänger, sondern Unterstützung sowohl gegen den "Neokolonialismus" als auch - vor allem - gegen die wachsende chinesische Propaganda. Diesbezüglich scheint Chruschtschow gegenwärtig in Afrika einige Punkte gewonnen zu haben: Algier, Kairo - und Übrigens auch Kuba - sind offensichtlich, im Gegensatz zu Peking, für die Teilnahme der Sowjetunion an der afrikanisch-asiatischen Konferenz.

Zweckoptimismus oder Spiel mit dem Feuer?

Zusammenfassend kann man sagen, daß die sowjetischen Anstrengungen in Afrika zur Zeit nicht so sehr gegen den Westen als vielmehr gegen Peking gerichtet sind. In Frankreich jedenfalls faßt man Chruschtschows Bemühungen bis jetzt nicht als feindseligen Akt auf, was mehr als die Beziehungen zwischen Paris und Algier ausgezeichnet sind und das "sozialistische Experiment" Ben Bellas von der gaullistischen Regierung durchaus unterstützt wird. Die fünfte Republik hat auch den Konflikt mit Ägypten begraben und normale Beziehungen mit Kasser hergestellt. Mit einem Wort: das gegenwärtige französische Regime glaubt an den Selbsterhaltungstrieb der Afrikaner in ihren nationalen Bestrebungen und ist überzeugt, daß sowohl Chruschtschow als auch Mac Tse tung diesen Faktor Rechnung tragen müssen.

Es mag sein, daß Moskau ebenso wie Peking in Wirklichkeit durchaus nicht eine soziale Revolution in Afrika predigen, sondern nur einfach ihre egoistischen Interessen wahrzunehmen suchen. Es fragt sich nur, ob die wiederholten Besuche kommunistischer Staatsmänner auf dem schwarzen Kontinent unter den ausgepowerten Massen nicht auf die Dauer Wirkungen auslösen, die weder in der westlichen noch in den östlichen Staatskanzleien vorgesehen sind...